



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 24.01.2025 bis 31.01.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Armenien: Wie geht es den Geflüchteten?	3
Bangladesch: Olivia und Dijen – Opfer antichristlicher Gewalt	4
D.R. Kongo RD: Lage in Nordkivu spitzt sich zu	6
D.R. Kongo: Ausländer verlassen Bukavu	7
D.R. Kongo: Bischof von Goma: “Neugeborenenstation im Krankenhaus von Gefechten betroffen”	8
D.R. Kongo: M23-Rebellen nehmen Goma ein	9
Deutschland: Autofahren mit Nikab nicht zulässig	10
Europa: Mehrere Motive lauern hinter Anstieg der antichristlichen Hassverbrechen	11
Indonesien: Religionsminister bereitet „Lehrplan der Liebe“ für Lehrer vor	13
Iran: Frau nach Taufe im Ausland mit Gefängnis bestraft	14
Israel: Vier Geiseln wieder in Freiheit	16
Kirgistan: Ein Leiter berichtet	18
Kolumbien: Humanitärer Hilfskorridor eingerichtet und Ausnahmezustand veranlasst	19
Nigeria: Jüngste Angriffe von Boko Haram vertreiben Tausende von Christen	20
Pakistan: Geistig behinderter Christ wegen Blasphemie angeklagt	21
Pakistan: Missbrauch des Blasphemiegesetzes wird zum “Geschäftsmodell”	23
Pakistan: UN Menschenrechtskomitee besorgt über Blasphemie-Gesetze	24
Ruanda: Kirchenmitarbeiter im Kongo - Ruanda unterstützt Rebellen	26
Russland: Die Hoffnung nicht aufgeben	27
Russland: Gemeindegründung unter Extrembedingungen	28
Schweden: Koranschänder erschossen	29
Sudan: Vertriebene Christen im Sudan zu Gefängnisstrafen verurteilt	30
Türkei: Pastor von Abschiebung in den Iran bedroht	32
Usbekistan: Offene Stellen	33
Venezuela: Menschen in Barquisimeto verlieren die Hoffnung nicht	34

Armenien: Wie geht es den Geflüchteten?

(Licht im Osten) Dieselbe seit langem im missionarischen Vollzeitdienst stehende Person schreibt über einen Einsatz im vergangenen Jahr: „Ich bin aus dem sonnigen Armenien zurückgekehrt, wo ich einen Kurs über den Wert des Bibelstudiums für Teenager gehalten habe. Armenien ist ein wunderbares Land. Das Dorf Sorowan, wo der Kurs stattfand, hat 1.500 Einwohner. 20 Teenager nahmen in Präsenz teil und etwa 25 weitere aus den benachbarten Kleinstädten und Dörfern online. Die Kinder hatten neun Tage Schulferien und unser Kurs fand an diesen Ferientagen jeweils von 10 bis 16 Uhr statt. Alle Kinder beteiligten sich rege an den Diskussionen über biblische Themen, und ihre Eltern freuten sich, dass ihre Kinder nicht mit Handy, Fernseher und Computerspielen beschäftigt waren, sondern mit dem Wort Gottes. Die Armenier lieben ihren Präsidenten Paschinjan, weil er gute Straßen in die Dörfer bauen ließ und auch, weil 120.000 Flüchtlinge aus Arzach, die infolge des Krieges ihre Heimat verlassen haben und über ganz Armenien verstreut leben, Zuschüsse für Miete und Lebensmittel erhalten haben ... Eine Flüchtlingsfrau gestand mir unter Tränen, dass sie Gott dankbar sei, dass sie ihr Zuhause und alles, was sie sich in ihrem Leben aufgebaut hatte, verloren habe, denn nachdem sie alles verloren hat, habe sie den wahren Reichtum gefunden – Christus, den Retter. Viele Gemeinden arbeiten aktiv mit Flüchtlingen, kochen Essen für sie und organisieren gute Veranstaltungen für sie, um Christus als liebenden Freund und fürsorglichen Vater zu zeigen.

Beten wir

- ☒ für die Geflüchteten, von denen viele begonnen haben, zur Kirche zu gehen.“
- ☒ um eine geistliche Erweckung in Armenien.
- ☒ um Bewahrung für Armenien vor weiteren militärischen Angriffen durch Aserbaidschan.
- ☒ um wirtschaftlichen Aufschwung für Armenien, damit nicht mehr so viele Menschen sich genötigt sehen, das Land zu verlassen.

Bangladesch: Olivia und Dijen – Opfer antichristlicher Gewalt

IIRF-D/BA/Tübingen/30.01.25 - Olivia und Dijen sind Christen aus der Santal-Gemeinschaft in Bangladesch, einer kleinen Gruppe, die schwerer Christenverfolgung ausgesetzt ist. Die Santals, die oft von islamistischen Extremisten ins Visier genommen werden, leiden aufgrund ihres Glaubens an Jesus unter Schikanen, Landraub und Gewalt. Olivias Ehemann Dijen wurde bei der Verteidigung des Landes ihrer Gemeinschaft schwer verletzt. Trotz ihrer Not haben Olivia, Dijen und die gesamte Santal-Gemeinschaft durch ihren christlichen Glauben Kraft gefunden.

Olivia ist eine Christin aus Bangladesch. Im mehrheitlich muslimischen Bangladesch sind nur 0,3 % der Bevölkerung Christen. Gläubige werden dort oft verfolgt, insbesondere im Norden des Landes.

Olivia gehört der christlichen Gemeinschaft der Santal an, einer der ältesten indigenen Gemeinschaften in Bangladesch. Die Santal werden wegen ihres Übertritts zum Christentum verfolgt, in der Regel von islamistischen Extremisten, die Landraub betreiben.

Wie viele andere in ihrer Gemeinschaft ist auch Olivias Familie hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig. Als Teil einer kleinen christlichen Gemeinschaft sind sie daher ein Ziel für Landräuber.

Olivia kümmert sich um ihr Vieh neben den Häusern, die durch die großzügigen Spenden von Barnabas-Unterstützern gebaut wurden

Eines Tages kamen Landräuber in Olivias Gemeinde und begannen, ihre Zuckerrohrernte zu stehlen. Die Gemeinde sagte den Landräubern: „Ihr könnt unsere Ernte nehmen, aber unser Land bekommt ihr nicht – dieses Land gehört unseren Vorfahren.“

Gemeindemitglieder, darunter Olivias Ehemann Dijen, begannen, gegen die Landräuber zu protestieren. Die Landräuber waren jedoch bewaffnet. Sie begannen, auf die Demonstranten zu schießen, und Dijen wurde ins Gesicht getroffen.

Später in dieser Nacht kehrten die Landräuber in Olivias Gemeinde zurück und setzten ihre Hütten in Brand. Dadurch wurden 250 christliche Familien obdachlos.

Dijen wurde nach dem Schuss ins Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, dass er 13 Schussverletzungen erlitten hatte.

Zum Glück überlebte er. Drei andere Christen aus der Gemeinde starben jedoch.

Während Dijen im Krankenhaus lag, hatte Olivia Angst, dass die muslimischen Männer kommen und sie vergewaltigen würden. Sie betete zu Jesus, ihren Mann zu heilen und ihn nach Hause zu bringen.

Dijen kehrte lebend zurück, aber dauerhaft behindert. Er hatte das Sehvermögen seines linken Auges vollständig verloren. Er konnte nicht mehr arbeiten, und Olivia begann als Tagelöhnerin zu arbeiten, um für die Familie zu sorgen.

Sie mussten auch in das Haus eines Verwandten umziehen, weil ihr Haus niedergebrannt war. Während dieser ganzen Zeit betete Olivia zu Gott. „Ich sagte zu Gott: Du kennst unsere Situation, du weißt, wie wir leben. Bitte hilf uns. Wir brauchen dich.“

Dijen füllt einen Eimer Wasser mit einer Wasserpumpe, die von den Unterstützern des Barnabas Aid finanziert wurde

Barnabas Aid ist seit fast 20 Jahren in Bangladesch tätig und unterstützt verfolgte und leidende Christen. Als sie von der Notlage der Santal-Gemeinschaft erfuhren, schickten sie Hilfe.

Mit Unterstützung lokaler Projektpartner im Land baute der Barnabas Aid 100 Häuser für die vertriebenen Santal-Christen. Olivias Familie war eine von vielen, die diesen Segen von Gott erhielten. Neben dem Haus versorgte der Barnabas Fund ihre Familie während der gesamten Covid-19-Pandemie mit Lebensmitteln, um die Familie zu ernähren.

Dijen schreibt Jesus zu, dass er sein Leben am Tag des Angriffs gerettet und ihn von seinen Verletzungen geheilt hat. Trotz seiner Behinderungen sind Dijen und Olivia nun in ihrem Glauben gestärkt, da sie wissen, dass Gott immer für sie sorgen wird und dass er sich immer um sie kümmert.

Sie fühlen sich sicherer als zuvor und können Gott in Freiheit verehren. Sie wissen, dass der Himmel ihre Heimat ist.

Olivia sagte zu Barnabas: „Hier können sie mich töten. Sie können mich verfolgen und foltern. Aber ich glaube fest daran, dass ich in den Himmel komme.“

<https://www.barnabasaid.org/de/stories/watch-olivia-and-dijen-victims-of-anti-christian-violence-in-bangladesh/>

D.R. Kongo RD: Lage in Nordkivu spitzt sich zu

M23-Rebellen nähern sich Goma

Kinshasa (Fides) - In Nord-Kivu, im Osten der Demokratischen Republik Kongo, dauern die Kämpfe zwischen den kongolesischen Streitkräften (FARDC) und den vom ruandischen Militär unterstützten M23-Rebellen an. Die Regierungstruppen werden von burundischen Soldaten, Soldaten der Mission der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika in der Demokratischen Republik Kongo (SAMIDRC), UN-Blauhelmen der MONUSCO und den so genannten „Wazilendo“-Milizionären unterstützt.

Die Rebellen sind weiter vorgedrungen und haben die Städte Mumbambiro und Sake erobert und nähern sich der Hauptstadt Goma (etwa 30 km von Sake entfernt). In den letzten Tagen haben sich die Kämpfe auf die strategischen Straßenverbindungen Sake-Kirotshe, Sake-Mushaki und Sake-Kitshanga konzentriert. Die Kämpfe in Sake haben unterdessen einen neuen großen Zustrom von Vertriebenen nach Goma ausgelöst, wo die Lage zunehmend prekär ist. Die Kämpfe finden derzeit im Gebiet Nyiragongo unweit von Goma statt, wo sich die Auseinandersetzungen auf die Ortschaft Kibumba konzentrieren, die etwa 20 km von der Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu entfernt ist. Der Donner schwerer Artillerie ist in den nördlichen Bezirken von Goma zu hören. Nach der Räumung der Vertriebenenlager von Bulengo, Kimashini und Lushagara, westlich von Goma suchen die Bewohner Zuflucht im Stadtzentrum.

Zur Verwirrung und Panik trägt auch die Verbreitung von Nachrichten bei, wie z. B. die angebliche Tötung des Militärgouverneurs von Nord-Kivu, Péter Cirimwami, die in den sozialen Medien der Rebellen verbreitet wird, während andere, der Regierung nahestehende Personen seinen Tod dementieren, ohne dass es jedoch eine offizielle Erklärung zu seinem Schicksal gibt.

In den Medien findet sich auch ein Kommuniqué der „Alliance Fleuve Congo“ (AFC), des politischen Flügels der Rebellenbewegung M23, in englischer und französischer Sprache, in dem die SAMIDRC-Soldaten und die MONUSCO-Blauhelme aufgefordert werden, nicht an der Seite kongolesischer Soldaten zu kämpfen, und in dem sie den Vormarsch ihrer Männer auf Goma ankündigen, um „Frieden und Stabilität in die Region zu bringen“.

Die Lage ist so ernst, dass der kongolesische Präsident Félix Tshisekedi gestern Abend, am 23. Januar, von Davos, wo er am internationalen Wirtschaftsforum teilnahm, nach Kinshasa zurückkehrte, um eine Dringlichkeitssitzung mit dem Innen- und dem Verteidigungsminister abzuhalten. Heute, am 24. Januar, wird er eine außerordentliche Sitzung des Hohen Verteidigungsrates leiten. In diesen Stunden erklärte sich unterdessen der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bei einem Besuch in Kigali bereit, zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo zu vermitteln, um den Krieg zu beenden.

(L.M.) (Fides 24/1/2025)

D.R. Kongo: Ausländer verlassen Bukavu

Vormarsch der Rebellenbewegung M23 auf die Hauptstadt der Provinz Südkivu befürchtet

Kinshasa (Fides) - „In Bukavu sind die Ausländer auf der Flucht“, berichten Missionare aus der Hauptstadt der kongolesischen Provinz Südkivu gegenüber Fides. „Die verschiedenen Botschaften in Kinshasa haben ihre Landsleute angewiesen, die Stadt zu verlassen, weil man befürchtet, dass die M23-Rebellen sie erobern könnte, nachdem sie die Kontrolle über Goma und die Provinz Nordkivu übernommen haben“, so die Beobachter. „Wichtige Abteilungen internationaler Organisationen der Vereinten Nationen und verschiedene internationale Nichtregierungsorganisationen haben ihren Sitz in Bukavu. Jetzt werden die ausländischen Mitarbeiter dieser Organisationen über Ruanda evakuiert.“ „Derzeit befinden sich die Rebellentruppen bereits in Nyabibwe, im Gebiet von Kalehe in Südkivu“, so die Beobachter. „Es handelt sich um einen bergigen Gipfel, und wenn man nach Süden hinabsteigt, befindet man sich 25 km vom Ufer des Kivusees entfernt; von dort aus kann man Bukavu leicht erreichen.“ „Die Bewegungen der M23-Einheiten werden durch die Mittel erleichtert, die ihnen von der ruandischen Armee zur Verfügung gestellt wurden, die neue Geländewagen mit Lastkähnen nach Goma transportierte, die den Rebellen übergeben wurden“, so die Beobachter weiter.

In Nyabibwe befindet sich ein Bergwerk, in dem Coltan und Kassiterit abgebaut werden, zwei der strategischen Mineralien, die Gegenstand des andauernden Krieges sind, an dem lokale und regionale Akteure beteiligt sind, hinter denen Weltmächte und multinationale Bergbaukonzerne stehen.

Unterdessen stabilisiert sich die Lage in Goma, das von ruandischen Truppen und den von ihnen unterstützten M23-Rebellen erobert wurde. Die M23-Rebellen haben die ersten Patrouillen in der Stadt organisiert, um die Bevölkerung zu beruhigen und die Widerstandsnester der kongolesischen Armee und der regierungsfreundlichen „Wazalendo“-Miliz zu bekämpfen. „Die Rebellen versuchen, sich als 'Befreier' gegen das, was sie als 'das repressive Regime in Kinshasa' bezeichnen, darzustellen: Sie versuchen daher, ein Minimum an Ordnung und Dienstleistungen für die Bevölkerung der Stadt, die sie erobert haben, zu gewährleisten“, berichten die Beobachter. Wie Corneille Nangaa, der Anführer der Kongo-Fluss-Allianz, erklärte, ist es das Ziel der Guerillakämpfer, auf die Hauptstadt Kinshasa zu marschieren (etwa 1.600 km Luftlinie von Goma entfernt, aber die Straßenentfernung beträgt mehr als 2.500 km), um Präsident Félix Tshisekedi zu stürzen. „Es erinnert an die Situation vor etwa dreißig Jahren, als die Guerilla Ende 1996 den Siegeszug antrat, der im Osten des Landes begann und im Frühjahr 1997 Mobutu in Kinshasa stürzte. Aber damals wurden die von Ruanda und Uganda unterstützten Guerillas auch von anderen ausländischen Mächten unterstützt. Nun müssen wir sehen, welche internationalen Interessen heute am Werk sind“, kommentierten die Beobachter.

Um dem Vormarsch der Rebellen entgegenzuwirken, ordnete Präsident Tshisekedi unterdessen die allgemeine Mobilisierung an und appellierte an ehemalige Soldaten und junge Menschen, sich der Armee anzuschließen.

(L.M.) (Fides 30/1/2025)

D.R. Kongo: Bischof von Goma: "Neugeborenenstation im Krankenhaus von Gefechten betroffen"

Kinshasa (Fides) - Die Kämpfe in Goma, der Hauptstadt von Nord-Kivu, die die M23-Rebellen zwischen Sonntag, den 26. und Montag, den 27. Januar eingenommen hatten, gehen weiter.

Die M23-Einheiten stoßen auf Widerstand der Soldaten der kongolesischen Streitkräfte (FARDC) und regierungsfreundlichen Wazalando-Milizen. Vier weitere südafrikanische Soldaten der Mission der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika in der Demokratischen Republik Kongo (SAMIDRC) kamen bei den Zusammenstößen ums Leben, nachdem in den letzten beiden Tagen bereits neun Soldaten getötet worden waren. Die Zusammenstöße konzentrieren sich auf das Gebiet des Flughafens, der inzwischen angeblich ebenfalls von der M23 eingenommen worden ist.

Die Lage in der Stadt ist nach wie vor chaotisch. Es kommt zu Kämpfen, Strom- und Kommunikationsausfällen und Plünderungen. Einwohner fliehen aus der Stadt. Das Welternährungsprogramm (WFP) hat sich unterdessen besorgt über die Aussetzung der Verteilung humanitärer Hilfe in der Region geäußert, die bereits in den nächsten 24 Stunden zu einer schweren Nahrungsmittelknappheit führen könnte.

In einer gestern am gestrigen 27. Januar veröffentlichten Botschaft beklagte der Bischof von Goma, Willy Ngumbi Ngengele, dass zu den Zielen der Bombardierung auch die Neugeborenenstation des Entbindungskrankenhauses „General Charité“ gehörte, was „den Tod von Neugeborenen verursachte“. Das Gelände der Diözesanverwaltung sei ebenfalls betroffen. Der Bischof berichtet von der „Zerstörung der Fenster eines neu eingeweihten Gebäudes“. „Ich bedauere die Plünderung einiger Geschäfte und Lagerhäuser durch die Bevölkerung und manchmal durch das Militär. Dies verschlimmert die ohnehin schon beklagenswerte humanitäre Lage weiter“, so der Bischof von Goma.

„Ich appelliere an alle am bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien und an die Bevölkerung, das menschliche Leben und die öffentlichen und privaten Infrastrukturen, die von allen und unter allen Umständen gemäß der Menschenwürde und dem Völkerrecht geschützt werden müssen, absolut zu respektieren“, so Bischof Ngumbi Ngengele weiter. Der Bischof schließt mit der Aufforderung an „den Klerus und die Ordensleute sowie die Gläubigen und alle Menschen guten Willens, jedem, der in Not ist, die notwendige Hilfe zukommen zu lassen“.

Unterdessen finden in Kinshasa Demonstrationen gegen die „Invasion Ruandas in den Osten der Demokratischen Republik Kongo“ statt.

(L.M.) (Fides 28/1/2025)

D.R. Kongo: M23-Rebellen nehmen Goma ein

Kinshasa (Fides) - „Die Nacht war schrecklich“, berichten lokale Quellen aus Goma gegenüber Fides. Die Hauptstadt von Nord-Kivu (Osten der Demokratischen Republik Kongo) wurde am heutigen 27. Januar von den Rebellen der M23-Bewegung eingenommen.

Der Beobachter beschreibt Szenen sich im Munzenze-Gefängnis ab, in dem etwa 3.000 Menschen inhaftiert sind, abspielten „In der Nacht, als sich die Rebellen näherten, begannen die Insassen einen Aufstand“, so der Beobachter, „Die Wärter begannen wild zu schießen. Heute Morgen gegen 8 Uhr begannen die Gefangenen, vom Dach des Gefängnisses zu springen und zu fliehen. Alle Gefangenen entkamen. Wir wissen nicht, ob es die Beamten selbst waren, die ihnen die Gefängnistüren geöffnet haben, Tatsache ist, dass das Gefängnis jetzt leer ist“.

„Im Morgengrauen sind die M23-Kämpfer in die Stadt eingedrungen, und die Kämpfe konzentrieren sich nun auf das Gebiet des Flughafens“, berichtet der Beobachter weiter.

Die kongolesischen Streitkräfte kapitulierten im Morgengrauen des 27. Januar. Die kongolesischen Behörden bestätigten unterdessen den Tod des Militärgouverneurs der Provinz, Péter Cirimwami, nachdem widersprüchliche Berichte über sein Schicksal veröffentlicht worden waren.

Die Niederlage der kongolesischen Streitkräfte betrifft auch die internationale Gemeinschaft, die in Nord-Kivu die Blauhelme der UN-Mission in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) und die Soldaten der Mission der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika in der Demokratischen Republik Kongo (SAMIDRC) stationiert hatte. Bei den Kämpfen der letzten Stunden kamen mindestens neun südafrikanische Soldaten der SAMIDRC sowie drei Blauhelme aus Malawi und einer aus Uruguay, die zur MONUSCO gehören, ums Leben.

Einige Regierungssoldaten und regierungsnahen Wazalendo-Milizionäre ergaben sich der MONUSCO, wie von den M23-Rebellen gefordert, die für sich in Anspruch nehmen, den Verkehr auf dem Kivu-See zu kontrollieren und damit den Fluchtweg durch dessen Gewässer zu blockieren.

Während die Regierung in Kinshasa die vom türkischen Präsidenten Erdogan vorgeschlagene Vermittlung ablehnte, kündigte der kenianische Präsident William Ruto einen außerordentlichen Gipfel der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) an, der „in den nächsten 48 Stunden“ in Anwesenheit der Staatsoberhäupter der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas stattfinden soll.

(L.M.) (Fides 25/1/2025)

Deutschland: Autofahren mit Nikab nicht zulässig

Gericht: Ausnahmegenehmigung für Muslimin abgelehnt

Berlin (IDEA) – Das Tragen eines Gesichtsschleiers (Nikab) ist beim Autofahren nicht zulässig. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin am 27. Januar entschieden. Beim Nikab ist das Gesicht mit Ausnahme eines Sehschlitzes bedeckt. Wie das Gericht mitteilte, hatte eine muslimische Klägerin vor Gericht eine Ausnahmegenehmigung beantragt, um mit dem Auto zur Arbeit fahren zu können. Die 33-jährige Mutter von drei Kindern war 2016 zum muslimischen Glauben konvertiert. Ihrer Ansicht nach gebietet es ihr Glaube, sich außerhalb ihrer Wohnung nur vollverschleiert zu zeigen. Das Gericht wies ihre Klage ab. Im Straßenverkehr gelte ein Verhüllungsverbot, um etwa Rechtsverstöße im Straßenverkehr verfolgen zu können. Demgegenüber wiege der Eingriff in die Religionsfreiheit der Klägerin weniger schwer, so das Gericht. Auch die Vorschläge der Klägerin, ein Fahrtenbuch zu führen oder ihren Nikab mit einem „fälschungssicheren QR-Code“ zu versehen, hielt das Gericht für ungeeignet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig (VG 11 K 61/24). In Rheinland-Pfalz hatte das Oberverwaltungsgericht Koblenz im August 2024 ähnlich entschieden. Es hatte festgestellt, dass der Antrag einer Muslima auf Befreiung vom Verhüllungsverbot beim Autofahren zu Recht abgelehnt worden war.

Europa: Mehrere Motive lauern hinter Anstieg der antichristlichen Hassverbrechen

IIRF-D/ICC/Tübingen/28.01.25 – Mit einem Post vom 24.01.2025 hat die Menschenrechtsorganisation [International Christian Concern](#) basierend u.A. auf Recherchen von der OIDAC ([wir berichteten](#)) der eine Analyse der steigenden Hass-Kriminalität gegen Christen in Europa geliefert: Radikal-islamische Überzeugungen und Aktivisten vom Links- oder Rechts-Außen Spektrum:

»Es gibt einige Leute — darunter auch einige Christen selbst — die der Meinung sind, dass es unangebracht ist, über antichristliche Hassverbrechen im Westen zu sprechen, wenn Gläubige in Nigeria abgeschlachtet werden, in Nordkorea verschwinden oder in Pakistan unter ständiger Angst und Verachtung leben.

Obwohl Paris tatsächlich nicht Pyongyang ist, sollten die Menschen in der Lage sein, über die Existenz antichristlicher Gefühle zu diskutieren, unabhängig davon, wo sie existieren. Und es stellt sich heraus, dass Europa laut einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa (OIDAC) eine steigende Zahl von Hassverbrechen gegen das Christentum verzeichnet.

„Mein ganzes Leben lang, das ich im Vereinigten Königreich verbracht habe, bin ich mit offenen Diskussionen und freier Meinungsäußerung aufgewachsen“, sagte Paul James-Griffiths, Direktor von Christian Heritage Edinburgh. „Ab etwa 2013 begannen sich die Dinge zu ändern. Vorher konnten die Menschen in einer freien Gesellschaft im Allgemeinen unterschiedliche Meinungen äußern.“

James-Griffiths fügte hinzu, dass sich in den letzten zehn Jahren „die Strömungen gegen das Christentum und traditionelle Familienwerte sowie gegen unsere demokratische Kultur von einem Bach zu einem Fluss entwickelt haben.“

Hinter den sich ändernden Strömungen sieht er zwei Hauptquellen: radikale Muslime und Menschen mit weit links stehender Politik. „Beide Gruppen scheinen sich gegenseitig zu nutzen, um ihre Ziele voranzutreiben“, sagte er und fügte hinzu, dass die weit links stehende Politik „Vielfalt fördert, außer für das Christentum und traditionelle Werte, die auf diesem Glauben basieren.“ In der Zwischenzeit „lachen radikale Muslime hinter dem Rücken“ der weit links stehenden Politik, während sie „Vielfalts“-Ideale nutzen, „um in Europa Macht zu gewinnen.“

Ein Beispiel für diese wachsende politische Macht zeigte sich im Dezember 2023 mit der Gründung von The Muslim Vote (U.K.), die darauf abzielt, Druck auf Politiker auszuüben.

James-Griffiths befürchtet, dass das Vereinigte Königreich schließlich ein Verbot von „offenen Diskussionen und Kritik an Islam, Muhammad und dem Koran“ erleben könnte.

Für das europäische Christentum kann es schwierig sein zu bestimmen, ob die größere Bedrohung von Anhängern eines antichristlichen Glaubenssystems oder von den vielen Europäern mit einem gottlosen Hass — im Westen heimisch und jetzt in voller Blüte — ausgeht.

„Beide Formen der Verfolgung nehmen im Vereinigten Königreich zu“, sagte James-Griffiths. „Meine Frau ist Deutsche und sie sagt, dass ihre Kultur versucht, die christliche Art, Dinge zu tun, stärker zu bewahren als wir im Vereinigten Königreich. Dies ändert sich jedoch jetzt schnell.“

Eine der auffälligsten Statistiken im jüngsten OIDAC-Bericht betrifft Deutschland, wo sich die Hassverbrechen gegen Christen von 2022 bis 2023 angeblich verdoppelt haben.

Zusätzlich zu diesem starken Anstieg ist die Realität, dass „viele antichristliche Hassverbrechen nicht in die offiziellen Statistiken aufgenommen werden“, sagte Anja Hoffmann, Geschäftsführerin der OIDAC in Europa.

Darüber hinaus führen viele europäische Länder keine Statistiken über antichristliche Vorfälle.

„Wir sind zunehmend besorgt über die allgemeine Situation in Europa“, sagte Hoffmann. „Insbesondere Einschränkungen der Religionsfreiheit und Diskriminierung von Christen ... führen zu wachsender Selbstzensur unter Christen.“

„Immer mehr junge Christen sind sehr vorsichtig geworden, ob und wann sie in der Öffentlichkeit über ihren Glauben sprechen.“

In ähnlicher Weise bemerkte James-Griffiths, dass „wir zunehmend sehen, dass Menschen wegen ihrer Haltung zu traditionellen christlichen Werten verfolgt und ihre Arbeitsplätze verlieren.“

Diese Art der Diskriminierung, wie Hoffmann betonte, tendiert dazu, von „radikal säkularistischen Ansichten zu kommen, die zu Intoleranz gegenüber religiösen Überzeugungen oder Weltanschauungen führen.“ Antichristliche Hassverbrechen können jedoch eine Vielzahl von Motiven haben. Dazu gehören radikale muslimische Feindseligkeit sowie Motive von Personen mit weit links oder weit rechts stehender Politik.

„Einige Täter haben einfach einen persönlichen Hass auf das Christentum oder Religion im Allgemeinen, der sich gegen Kirchengebäude richtet“, sagte Hoffmann.

Die meisten von OIAC erfassten Fälle betreffen Täter und Motive, die unbekannt bleiben. Und selbst bei Angriffen mit einem etablierten radikal-islamistischen Motiv sind die Täter oft europäische Einheimische, keine Migranten.

Obwohl Angriffe in Europa durch migrantische Täter tatsächlich bemerkenswert sind, kommt ein Großteil der zugrunde liegenden antichristlichen Feindseligkeit des Kontinents von den Europäern selbst, von denen eine beträchtliche Anzahl Positionen von Einfluss innehat. Infolgedessen können sich Christen gezwungen fühlen, ihre Überzeugungen und Ansichten am Arbeitsplatz und an der Universität zu verbergen.

„Um diesem Trend entgegenzuwirken und die Religionsfreiheit, einschließlich der Freiheit, religiöse Ansichten in der Öffentlichkeit zu äußern, zu schützen, müssen wir das Bewusstsein für Gesetze und soziale Trends schärfen, die sich negativ auf die Religionsfreiheit auswirken“, sagte Hoffmann.

Obwohl Christen in Europa weit weniger körperlicher Gefahr ausgesetzt sind als Gläubige in vielen anderen Teilen der Welt, erlebt der Kontinent dennoch einen Anstieg von Vorfällen antichristlicher Feindseligkeit, und diese Feindseligkeit kann aus verschiedenen Quellen kommen.

„Ich hoffe und bete für eine christliche Erweckung und Reformation in Europa, da immer mehr Menschen sehen, was vor sich geht“, sagte James-Griffiths. „Der Trend scheint jedoch in Richtung anti-jüdischer und antichristlicher Bewegungen zu gehen.“«

<https://www.persecution.org/2025/01/23/multiple-motives-lurk-behind-europes-rise-in-anti-christian-hate-crimes/>

Indonesien: Religionsminister bereitet „Lehrplan der Liebe“ für Lehrer vor

International Christian Concern - Der indonesische Religionsminister Nasaruddin Umar kündigte kürzlich ein neues Programm mit dem Namen „Curriculum der Liebe“ an, einen neuen Leitfaden für Religionslehrer, der Toleranz und Respekt gegenüber verschiedenen Religionen fördert.

Nasaruddin machte diese Ankündigung während der Weihnachtsveranstaltung der DKI-Provinzregierung am 17. Januar in Convention Ancol, Nord-Jakarta.

„Derzeit lehren viele Religionslehrer, dass ihre Religion die richtigste ist, während andere als falsch oder häretisch gelten“, sagte er. „Was würde passieren, wenn Kindern in einem sehr pluralistischen Land wie Indonesien Hass beigebracht würde?“

Nasaruddin fügte hinzu, dass das Ziel des Lehrplans darin bestehe, den Kindern von klein auf die Werte der Liebe und Toleranz zu vermitteln. Diskussionen über Religion führen seiner Meinung nach zu oft zu Konflikten und sogar zu Hass gegenüber anderen Gruppen. Indonesien hat die größte muslimische Bevölkerung der Welt. Die Christen, die etwa 13 % der Bevölkerung des Landes ausmachen, werden sowohl von islamischen Familienmitgliedern und Gemeindemitgliedern als auch von islamischen Extremisten verfolgt. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass das Land gegenüber Minderheitsreligionen, wie dem Christentum, toleranter wird.

„Wahre Toleranz bedeutet, die Liebe zwischen den Mitmenschen zu nähren“, sagte Nasaruddin. „Wir sind alle Menschen, und wir sind alle Bürger Indonesiens. Lassen Sie nicht zu, dass Hass durch die Unterrichtskultur eingeflößt wird; das ist sehr gefährlich.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Iran: Frau nach Taufe im Ausland mit Gefängnis bestraft

Gefangene des Monats Januar



Foto privat

Als „Gefangene des Monats Februar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA die iranische Christin Laleh Saati benannt. Am 13. Februar 2024 wurde sie im Haus ihres Vaters festgenommen und ins Evin-Gefängnis nach Teheran gebracht, wo sie drei Wochen lang verhört wurde. Saati hatte während eines Aufenthaltes in Malaysia dem Islam den Rücken gekehrt und sich taufen lassen. Seit 2017 lebte sie wieder in ihrer iranischen Heimat. Am 25. März 2024 wurde die Christin von der 26. Abteilung des Revolutionsgerichts in Teheran zu einer zweijährigen Gefängnisstrafe wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit und Verbindungen zu einer „zionistisch-christlichen Organisation“ verurteilt. Zudem wurde ein Ausreiseverbot für zwei Jahre nach Haftentlassung verhängt. Berichten zufolge geht es der 46-Jährigen in der Haft psychisch schlecht. Am 28. September 2024 wurde bekannt, dass das zuständige Gericht ihren Antrag auf Freilassung gegen Kautionszahlung abgelehnt hat. IGFM und IDEA bitten darum, in Briefen an den Präsidenten des Iran, Massud Peseschkian, für Saatis bedingungslose Freilassung einzutreten.

Musterbrief

Seine Exzellenz

Präsident Massud Peseschkian

c/o Botschaft der Islamischen Republik Iran

Podbielskiallee 65-67

14195 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

die iranische Staatsbürgerin Laleh Saati hat ihr Recht wahrgenommen, ihre Religion frei zu wählen. Die Christin wurde am 13. Februar 2024 festgenommen und ins Evin-Gefängnis nach Teheran gebracht. Frau Saati wird die Gefährdung der nationalen Sicherheit sowie Verbindungen zu einer „zionistisch-christlichen Organisation“ vorgeworfen, weil sie sich dem Christentum zugewandt hat. Die 26. Abteilung des Revolutionsgerichts in Teheran verurteilt sie am 25. März 2024 zu zwei Jahren Gefängnis.

Die Islamische Republik Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte völkerrechtlich verbindlich ratifiziert. In Artikel 18 dieses Dokumentes wird jedem Menschen das Recht garantiert, seinen Glauben zu wechseln und auch für ihn zu werben. Daher appelliere ich an Sie, sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung der Glaubensgefangenen einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Israel: Vier Geiseln wieder in Freiheit

Nach 477 Tagen

Erneut hat die Terror-Organisation Hamas Geiseln freigelassen. Die Übergabe in Gaza-Stadt inszenierte sie als große Show. Im Gegenzug ließ Israel 200 Sicherheitshäftlinge frei.

(Von Israelnetz vom 25. Januar 2025) GAZA-STADT / PETACH TIKVA (inn) – Nach 477 Tagen sind die vier Geiseln Na'ama Levy (20), Liri Albag (19), Daniella Gilboa (20) und Karina Ariev (20) wieder zurück in Israel. Der Nachrichtensender „Al-Dschasira“ zeigte am Samstagvormittag die Übergabe in Gaza-Stadt im Livestream. Auf den Bildern waren mehrere Hundert bewaffnete und maskierte Hamas-Terroristen zu sehen, die von Tausenden Zivilisten umringt waren.

Auf dem Platz schmückten Straßen und Gebäude große aktuelle Poster mit Hamas-Propaganda, zahlreiche Hamas- und Palästina-Flaggen sowie Flaggen des Islamischen Dschihad. Auffällig war der gute Zustand der zahlreichen Geländewagen der Terroristen.

Erneute Kritik am IRK

In Israel sorgte das Verhalten von Mitarbeitern des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) erneut für Unverständnis: Bevor die IRK-Mitarbeiter die Geiseln überhaupt zu Gesicht bekamen, unterschrieben zwei von ihnen auf der Bühne unter großem Jubel der Menge die Übergabe. Im Anschluss führten die Terroristen die vier Frauen auf die Bühne, von der sie lächelnd der Menge zuwinkten. Erst danach wurden sie an die IRK-Mitarbeiter weitergeleitet.

In Israel werden die Bilder, welche die vier jungen Frauen inmitten Gaza-Stadt zeigen, trotz des zynischen Hintergrundes positiv bewertet: „Sie sind Heldinnen“, war von vielen Beobachtern am Samstag zu hören. „Großartig, wie sie das Böse ihrer Geiselnehmer durch ihr Lächeln und ihre aufrechte Haltung überwinden.“

Im Beisein ihrer Eltern wurden die Geiseln ins Beilinson-Krankenhaus Petach Tikva geflogen, wo sie ihre Familien treffen, ihr gesundheitlicher Zustand untersucht wird und sie die erste Zeit ihrer Rehabilitation durchlaufen.

Die Freilassung ist die zweite des ersten Teils im Rahmen des Mitte Januar abgeschlossenen Waffenruhe-Abkommens zwischen Israel und der Hamas. Dabei sollen insgesamt 33 Geiseln freikommen. Es handelt sich dabei um Frauen, die beiden verbliebenen Kinder der Familie Bibas sowie humanitäre Notfälle und Israelis mit amerikanischer Staatsbürgerschaft. Israel geht davon aus, dass 25 von ihnen am Leben sind.

50 Terroristen für eine Soldatin

Die vier am Samstag freigelassenen Frauen waren in ihrem Grundwehrdienst als Späherinnen eingesetzt und wurden am 7. Oktober 2023 aus ihrer Armeebasis entführt. Für jede von ihnen wurden 50 Sicherheitshäftlinge aus israelischen Gefängnissen entlassen, von denen jeweils 30 wegen Mord an Israelis zu einer lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt sind. Trotz der allgegenwärtigen Freude über die freigelassenen Geiseln wird das Abkommen in Israel wegen der Freilassung von verurteilten Terroristen und Mördern sehr stark kritisiert.

Israelischen Medienberichteten zufolge verweigerte ein Häftling seine Rückkehr in den Gazastreifen. Um sich an die im Abkommen vereinbarte Zahl zu halten, entließ Israel für ihn einen anderen Häftling.

Gemäß des Abkommens hätte die Hamas als erstes die weiblichen Zivilisten Arbel Jehud, die auch die deutsche Staatsbürgerschaft hat, und Schiri Bibas freilassen müssen. Stattdessen ließ sie die Soldatinnen frei. Im Laufe des Tages teilte die Hamas mit, dass Arbel zusammen mit der verbliebenen Soldatin Agam Berger in der kommenden Woche freigelassen wird. Sie befinde sich in Gefangenschaft der Terror-Organisation Islamischer Dschihad und sei am Leben.

Bei dem Überfall vor 15 Monaten hatten Terroristen 251 Menschen in den Gazastreifen verschleppt, manche von ihnen als Leiche. Im Rahmen eines zwischen Israel und der Hamas ausgehandelten Abkommens waren 105 Menschen im November 2023 freigenommen. Im Februar vergangenen Jahres hatte die israelische Armee [zwei Geiseln befreit](#), Anfang September sorgte der brutale [Mord an sechs Geiseln](#) für Entsetzen in Israel. Im Rahmen des aktuellen Abkommens wurden vergangene Woche [drei Geiseln](#) freigelassen.

Aktuell verbleiben 90 Geiseln im Gazastreifen. In den Städten Israels gehen am Samstagabend Zehntausende auf die Straße, um zu demonstrieren. Viele befürchten, dass der zweite geplante Teil des Abkommens nicht umgesetzt wird, die Kampfhandlungen im Gazastreifen wieder aufgenommen werden und damit die verbliebenen Geiseln nicht freikommen.
(mh)

Kirgisistan: Ein Leiter berichtet

(Licht im Osten) Von einem Einsatz in Kirgisistan im letzten Jahr bekamen wir folgenden Bericht: „Ich habe Kirgisistan besucht, wo ... eine Bibelfreizeit mit Gläubigen und am Glauben Interessierten aus Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan stattfand. Solche Freizeiten sind sehr wichtig für Menschen, die zum Glauben an den Herrn Jesus Christus gekommen sind, besonders für Christusgläubige aus muslimischen Familien. Hier erhalten sie Unterstützung, Ermutigung und Verständnis dafür, was es bedeutet, an Christus zu glauben und für ihn zu leiden. Eine gläubige Schwester aus Usbekistan erzählte, wie die Polizei in das Haus kam, in dem sie Teenager unterrichtete, und es durchsuchte. Die Bücher konnten alle noch rechtzeitig versteckt werden, und, Gott sei Dank, wurde niemand auf die Polizeiwache geschleppt. Das zeigt, dass man sich noch nicht zurücklehnen kann. In letzter Zeit scheint Usbekistan seine Haltung gegenüber Christen und Kirchen gelockert zu haben. Gott sei Dank! Aber dieser Vorfall mit unserer Schwester ... zeigt, dass die allgemeine Tendenz des strikten Verbots von Evangelisation im Land immer noch besteht. **Bitte beten Sie** für unsere Geschwister, die in muslimischem Umfeld arbeiten“,

- ☒ dass sie unter Gottes Schutz und Segen ihren Dienst tun können.
- ☒ dass sie immer wieder die Möglichkeit bekommen, geistlich zu lernen.
- ☒ dass sie Weisheit und Mut haben, die gute Nachricht von Jesus an andere weiterzugeben.

Kolumbien: Humanitärer Hilfskorridor eingerichtet und Ausnahmezustand veranlasst

Catatumbo

Tibú (AFides) - Die Welle der Gewalt, die hauptsächlich auf die Kontrolle des internationalen Kokainhandels in der Region Catatumbo zurückzuführen ist, hat Präsident Gustavo Petro dazu veranlasst, den Ausnahmezustand auszurufen und die Armee einzusetzen.

Wie der Nationale Koordinator für Katastrophenrisikomanagement der Caritas Kolumbien mitteilt, befinden sich unter den Opfern dieser schweren Krise, der schlimmsten seit 2002, Zivilisten, Minderjährige, schwangere Frauen, Menschen mit Behinderungen und Mitglieder indigener Gemeinschaften.

Innerhalb von etwa 10 Tagen haben die Zusammenstöße zwischen der Guerilla der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) und den Kämpfern der „Frente 33“ der ehemaligen Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) mehr als hundert Todesopfer gefordert, Tausende von Binnenvertriebenen mussten ihre Häuser verlassen und ebenso viele sind aufgrund der gewalttätigen Zusammenstöße isoliert und können sich nicht mehr fortbewegen. Unterdessen fliehen viele Menschen weiterhin in als sicher geltende Gebiete gelangt.

Um den vielen unschuldigen Opfern zu helfen, wurde ein humanitärer Hilfskorridor eingerichtet, der zusätzliche Unterstützung durch die Lieferung von Produkten, Getränken, Lebensmitteln für den sofortigen Verzehr und Werkzeugen bietet. In den betroffenen Gebieten suchten Tausende von Menschen in den Pfarreien und Seminaren der katholischen Kirche in Tibú, Ocaña, Gabarra und Tabo Zuflucht. Durch die Zusammenarbeit der Diözesen Cúcuta, Ocaña und Tibú mit der „Asociación Nacional de Empresarios de Colombia“ (ANDI), „Bancos de Alimentos der Columbia“ (ÁBACO) sowie durch Geldspenden wurden bereits 23.622 Kilo Lebensmittel und lebensnotwendige Güter zur Verfügung gestellt.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sind bis heute mehr als 47.000 Vertriebene in die Städte Tibú (10.482 Vertriebene), Ocaña (10.719), Cúcuta (16.663) und anderen Gemeinden (11.699) geflüchtet. Schätzungen zufolge sind außerdem mehr als 23.000 Menschen in der Region eingeschlossen.

Die Front Comunereros del Sur, eine Dissidentengruppe der ENL, ist eine der Ursachen für die Krise zwischen der bewaffneten Gruppe und der Regierung, nachdem sie sich offiziell den 2016 eingeleiteten Friedensprozess angeschlossen hatte, der mit dem zwischen der kolumbianische Regierung und der damalige FARC-Guerilla unterzeichneten Friedensvertrag besiegelt wurde. „Wir evakuieren die Anführer und Unterzeichner aus Catatumbo, die von ELN verfolgt werden; ein erstes Kontingent von 400 Mann soll bereits in der Region angekommen sein“, sagte Verteidigungsminister Iván Velásquez.

(AP) (Fides 30/1/2025)

Nigeria: Jüngste Angriffe von Boko Haram vertreiben Tausende von Christen

International Christian Concern - Boko Haram verstärkt seine Angriffe auf christliche Gemeinden in Chibok im Bundesstaat Borno und hat in den letzten Tagen mehr als 4.000 Christen vertrieben. In einer Reihe von koordinierten Angriffen richtete sich Boko Haram gegen die christlichen Dörfer Njila, Banzir, Shikarkir und Yirmirmug, brannte Häuser nieder, zündete Kirchen an und tötete fünf Menschen.

Bei dem jüngsten Angriff am Montag fielen die Terroristen in den frühen Morgenstunden über Shikarkir und Yirmirmug her und vertrieben mehr als 1.500 Einwohner.

Augenzeugen berichteten, dass die Kämpfer von Boko Haram bei diesen Angriffen gezielt Christen angriffen, sie einschüchterten und verlangten, dass sie zum Islam konvertieren oder den Tod finden. Durch die Gewalt wurde die Kirche Ekklesiyar Yan'uwa zerstört, und es kam zum Verlust von Vieh, Nahrungsmitteln und Lebensgrundlagen.

„Wir leben in Angst“, sagte Ibrahim Yana, ein Bauer, der aus Shikarkir geflohen ist. „Sie haben unsere Kirche und unsere Häuser niedergebrannt. Viele von uns haben alles verloren.“

Boko Haram, offiziell bekannt als Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'awati wal-Jihad, führt seit 2009 einen gewalttätigen Aufstand, der Christen, gemäßigte Muslime und staatliche Einrichtungen ins Visier nimmt, um ein islamisches Kalifat zu errichten. Weltweite Berühmtheit erlangte die Gruppe durch die Entführung von 276 Schulfrauen in Chibok im Jahr 2014, die internationale Empörung und die Bewegung #BringBackOurGirls auslöste.

Seitdem hat Boko Haram zahlreiche Gräueltaten verübt, darunter die Tötung von Zehntausenden von Zivilisten, die Vertreibung von mehr als 2,5 Millionen Menschen und die Zerstörung von Kirchen, Schulen und ganzen Gemeinden im Nordosten Nigerias.

In den letzten Jahren sind die Angriffe von Boko Haram immer brutaler geworden, wobei christliche Gemeinden die Hauptlast der Gewalt tragen. Die Gruppe greift häufig kirchliche Versammlungen an, brennt Gotteshäuser nieder und ermordet Christen, die sich weigern, ihrem Glauben abzuschwören.

Die Regierung des Bundesstaates Borno hat die jüngsten Angriffe verurteilt, und Gouverneur Babagana Umara Zulum hat zugesagt, die Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken. „Ich rufe die Menschen in Chibok auf, sich nicht einschüchtern zu lassen“, sagte er. „Die Regierung wird unermüdlich daran arbeiten, weitere Anschläge zu verhindern.“

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKRE

Pakistan: Geistig behinderter Christ wegen Blasphemie angeklagt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/30.01.25 - Die Polizei in Pakistan hat diese Woche einen geistig behinderten Christen wegen Blasphemie verhaftet, obwohl sie über seinen Zustand Bescheid wusste.

In Sahiwal, Provinz Punjab, verhaftete die Polizei von Ghala Mandi am 26. Januar den 28-jährigen Farhan Javed Masih, nachdem ein Dorfbewohner, Muhammad Bilal Khan, ihn beschuldigt hatte, gegen den Islam und die heiligen Figuren der Religion zu sprechen, sagte Farhans Mutter, Parveen Javed.

„Wir waren zu Hause, als Bilal und einige andere Muslime kamen und uns sagten, dass Farhan Gotteslästerung begangen habe“, berichtete Javed gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Ich bat sie, ihm zu vergeben und dabei seinen Geisteszustand zu berücksichtigen, aber sie hörten mir nicht zu und riefen die Polizei, die ihn verhaftete.“

Javed, seit sechs Jahren verwitwet und Mutter von drei Kindern im Dorf Chak 134-9/L, sagte, dass sich Farhan Masih's psychische Gesundheit nach dem Tod seines Vaters verschlechterte. Seine jüngere Schwester Anum sagte, dass sein psychischer Zustand allen im Dorf bekannt war.

„Seine Verhaftung wegen Gotteslästerung wird seinen psychischen Zustand nur verschlimmern“, sagte sie. „Die Polizei hätte zumindest eine psychische Untersuchung durchführen lassen sollen, bevor sie die FIR [First Information Report] gegen ihn registriert.“

Parveen Javed, Mitglied der Associate Reformed Presbyterian Church, sagte, ihr Sohn habe eine vierjährige Ausbildung zum Krankenpfleger absolviert und im Adam Welfare Hospital in Sahiwal gearbeitet, sei aber 2023 wegen psychischer Erkrankungen und Drogenabhängigkeit entlassen worden.

„Farhan war heroinabhängig geworden, was seinen psychischen Zustand verschlimmerte“, sagte sie. „Wir haben versucht, ihn behandeln zu lassen, aber es hat nicht funktioniert. Seit er seinen Job verloren hat, lungert Farhan den ganzen Tag im Dorf herum und redet wirres Zeug. Das ganze Dorf weiß, dass er unzurechnungsfähig ist.“

Seine Schwester sagte, die Familie lebe von dem Einkommen, das sie und ihre Mutter verdienen.

„Meine Mutter und ich stehen aufgrund der Krankheit und der Drogenprobleme meines Bruders bereits unter großem Druck und Stress“, sagte sie. „Jetzt stehen wir mit einem Bein im Gefängnis und überlegen, was mit Farhan geschehen wird, wenn man bedenkt, wie schwerwiegend die Anschuldigung ist.“

In Pakistan muss für eine Verurteilung wegen Gotteslästerung, die mit Geld- und Gefängnisstrafen bis hin zur Todesstrafe geahndet werden kann, ein Vorsatz nachgewiesen werden.

Der Kläger Bilal Khan gab in der FIR an, dass er gerade dabei war, seine Pflanzen zu bewässern, als Farhan ankam und anfang, Unsinn zu reden.

„Die heiligen Persönlichkeiten eurer Religion sind falsch, und ich will nicht unter Muslimen leben, weil ihr einen niedrigeren Status habt“, sagte Farhan ihm laut Khans Polizeianzeige.

Die Polizei leitete ein Verfahren gegen den Christen gemäß den Blasphemie-Gesetzen ein, darunter Abschnitt 295-A, der eine Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren für vorsätzliche und böswillige Handlungen vorsieht, die darauf abzielen, religiöse Gefühle jeglicher Klasse durch Beleidigung ihrer Religion oder religiösen Überzeugungen zu verletzen; 298-A, mit einer Strafe von bis zu 10 Jahren Gefängnis für die Missachtung der Ehefrauen und Gefährtinnen Mohammeds, des Propheten des Islam; und Abschnitt 7 des Anti-Terror-Gesetzes, der eine Klausel in Bezug auf die Verursachung von Unruhen oder Aufruhr enthält und mit einer Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren geahndet wird.

Bischof Abraham Daniel von der Baptistengemeinde in Sahiwal sagte, dass es in dem Dorf 150 bis 200 christliche Familien gebe.

„Als ich von dem Vorfall erfuhr, habe ich sofort leitende Polizeibeamte kontaktiert und um Sicherheit für die christlichen Bewohner gebeten“, sagte Daniel gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Zum Glück hat der rechtzeitige Einsatz der Polizei verhindert, dass es dort zu einem Zwischenfall kommt, und die Lage ist jetzt friedlich.“

Er sagte, dass Farhans psychische Erkrankung ihn vor einer Verhaftung wegen Gotteslästerung hätte schützen müssen.

„Farhan hat keine Kontrolle über seinen Verstand und versteht den Ernst der Dinge, die er sagt, nicht“, sagte Daniel. „Er hat nicht absichtlich Blasphemie begangen, und die Polizei und das Gericht müssen seinen Geisteszustand bei der Beurteilung der Angelegenheit berücksichtigen.“

Der Moderator der Church of Pakistan, Bischof Azad Marshall, sagte, ein leitender Beamter hätte eingreifen müssen, da die Polizei wusste, dass es sich um eine Person mit labilem Geisteszustand handelte.

„Farhans Fall ist besonders besorgniserregend, weil seine psychische Erkrankung ernsthafte Fragen zu seiner Fähigkeit aufwirft, die angebliche Straftat zu verstehen oder zu begehen“, sagte Marshall gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Wir haben wiederholt Reformen der pakistanischen Blasphemiegesetze gefordert, aber leider werden unsere Bitten weiterhin ignoriert, obwohl jeden zweiten Tag mehrere Menschen Opfer falscher Blasphemievorwürfe werden.“

Der hochrangige Kirchenführer äußerte sich auch besorgt über Berichte über organisierte Gruppen, die Jugendliche im ganzen Land in Blasphemiefälle verwickeln, und bedauerte, dass dieser gefährliche Trend Christen anfälliger für Verfolgung gemacht habe.

„Hunderte von Menschen, darunter auch Muslime, werden wegen Blasphemie angeklagt und inhaftiert, aber es ist sehr seltsam, dass trotz der Tatsache, dass dieses Thema von den Medien und sogar von der Nationalen Menschenrechtskommission hervorgehoben wird, nichts unternommen wird, um solche organisierten Gruppen zu zerschlagen“, sagte er.

<https://morningstarnews.org/2025/01/mentally-challenged-christian-in-pakistan-charged-with-blasphemy/>

Pakistan: Missbrauch des Blasphemiegesetzes wird zum "Geschäftsmodell"

Falsche Anklagen zum Zweck der Erpressung

Islamabad (Fides) - Es gebe eine kriminelle Gruppe, die ein Geschäft damit betreibt, unschuldigen Menschen falsche Anschuldigungen wegen Blasphemie anzuhängen. Die Organisation nutze das Blasphemiegesetz als Falle und als Geschäft für Erpressung, wovon bereits 450 unschuldige Opfer betroffen seien. Dies beklagen christliche und muslimische Anwälte in Pakistan, die seit einigen Monaten eine Häufung ähnlicher Fälle beobachten: Junge Menschen, gleich welcher Religion, werden hereingelegt und dann online der Blasphemie beschuldigt, was zur Verhaftung, Inhaftierung und formalen Anschuldigung der Blasphemie führt, die in Pakistan auch lebenslange Haft oder die Todesstrafe bedeuten kann. Wie der katholische Anwalt und Parlamentsabgeordnete Khalil Tahir Sandhu gegenüber Fides berichtet, haben die Familien der fälschlicherweise der Blasphemie Beschuldigten zusammen mit ihren Rechtsvertretern kürzlich eine öffentliche Konferenz abgehalten, um den Mechanismus aufzudecken, Alarm zu schlagen und ein gezieltes Eingreifen der Polizeibehörden und der Justiz zu fordern. Der Betrug hat viele Familien erschüttert, die die Regierung und die Justizbehörden nun auffordern, den zu Unrecht Inhaftierten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Offiziell bestätigt wurde Angelegenheit auch von der Nationalen Menschenrechtskommission (National Commission for Human Rights, NCHR), die eine unabhängige Untersuchung durchführte und die Aktivitäten einer Organisation beschrieb, die Blasphemie zu ihrem Vorteil kriminell ausnutzt und Unschuldige zum Zwecke der Erpressung in die Falle lockt. Aus dem NCHR-Bericht geht hervor, dass die meisten Opfer zu Familien mit niedrigem Einkommen oder aus der Mittelschicht gehören. Den Angaben zufolge sind mehr als 450 Personen Opfer dieser Anschuldigungen geworden, die allesamt erfunden sind. Mehr als 150 Personen sind im Gefängnis in Adiala, 170 im Gefängnis in Lahore und im Gefängnis in Kot Lakhpat und 55 im Zentralgefängnis von Karatschi inhaftiert.

Die Anwälte äußern ernste Bedenken hinsichtlich der Integrität des Rechtssystems und der Rechtsstaatlichkeit und stellen fest, dass „diese Fälle offensichtlich unbegründet sind und, wenn diese Praxis nicht gestoppt wird, einen unauslöschlichen Schandfleck auf dem Justizwesen hinterlassen werden“. „Diese Praxis lässt ernste Zweifel an der Transparenz unseres Justizsystems aufkommen. Es ist dringend notwendig, eine transparente und unparteiische Untersuchungskommission einzusetzen, um die für diese Verschwörung verantwortliche organisierte Gruppe zu untersuchen und zu zerschlagen“, so Sardar Mushtaq Gill, Rechtsanwalt und Gründer der NRO „Legal Evangelical Association Development“ (LEAD).

Die Funktionsweise ist folgende: Junge Männer werden über Facebook und andere Social-Media-Plattformen auf Mädchen aufmerksam gemacht. Sie werden dann eingeladen, zu WhatsApp-Gruppen zu wechseln, um persönliche Gespräche zu führen. Sie beginnen zu chatten und die Mädchen gewinnen ihr Vertrauen. Später schickt das Mädchen eine Nachricht mit einem gotteslästerlichen Bild oder Schriftzug. Das ahnungslose Opfer bittet um eine Erklärung. Das Mädchen gibt vor, nicht zu wissen, worum es geht, und bittet darum, die Nachricht zurückzuschicken. Sobald dies geschehen ist, blockiert das Mädchen das Opfer sofort und stellt ihm eine Falle, wobei sie ihn beschuldigt, blasphemische Inhalte online zu teilen. Erschwerend kommt hinzu, dass einige junge Angeklagte in der Haft durch Folter ums Leben gekommen sind. Dies deutet nach Ansicht der Anwälte auf ein Zusammenspiel von Beamten der Federal Investigation Agency (FIA) hin, der Bundesbehörde, die eigentlich Licht in die kriminellen Praktiken bringen sollte. Außerdem gibt es Anwälte, die vor Gericht die Kläger verteidigen und Druck auf die Richter ausüben.

In Pakistan sind in islamistischen Kreisen Überwachungsgruppen wie die „Legal Commission on Blasphemy Pakistan“ (LCBP) entstanden, ein Netzwerk von 13 Organisationen, die angeblich „entschieden gegen Online-Blasphemie vorgehen“.

Beobachtern zufolge steht das Netzwerk in Verbindung mit der radikal-islamischen politischen „Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan“. Anwälte und Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen fordern Ermittlungen in diesen Kreisen, um kriminelle Machenschaften aufzudecken. „Dieser alarmierende Missbrauch religiöser Gesetze ist zu einem schrecklichen Mittel der Erpressung geworden und gibt Anlass zu ernster Besorgnis über die Sicherheit und die Rechte aller Bürger“, so der Anwalt Sardar Mushtaq Gill.

(PA) (Fides 30/1/2025)

Pakistan: UN Menschenrechtskomitee besorgt über Blasphemie-Gesetze

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/30.01.25 - Im mehrheitlich muslimischen Pakistan kann jede unbegründete Blasphemie-Anschuldigung öffentliche Empörung auslösen und manchmal zu Gewalt durch den Mob führen.

Nach Angaben der in Lahore ansässigen Interessenvertretung Center for Social Justice wurden im Jahr 2024 in Pakistan 343 Blasphemie-Fälle eingereicht, darunter 19 Christen, fünf davon Frauen.

Das UN Menschenrechtskomitee äußerte sich am 7. November besorgt über die Zunahme falscher Blasphemievorwürfe in Pakistan und forderte die Aufhebung oder Änderung der weithin verurteilten Blasphemiegesetze des Landes.

Es stellte fest, dass falsche Blasphemievorwürfe zu islamistischer Gewalt durch den Mob führten, und empfahl eine Änderung der Gesetze in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR). In seinen abschließenden Bemerkungen zum zweiten periodischen Bericht des Komitees über Pakistan äußerte es seine Besorgnis über die Abschnitte 295 und 298 des pakistanischen Strafgesetzbuches, die schwere Strafen, einschließlich der Todesstrafe, vorsehen und unverhältnismäßige Auswirkungen auf religiöse Minderheiten haben.

„Es ist auch besorgt über die steigende Zahl von Personen, die wegen Blasphemie inhaftiert sind, die hohe Zahl von Blasphemiefällen, die auf falschen Anschuldigungen beruhen, die Gewalt gegen Personen, die der Blasphemie beschuldigt werden, die Förderung von Selbstjustiz und die Vorwürfe, dass Personen, insbesondere Jugendliche, mit dem Vorwurf der Online-Blasphemie unter Cybercrime-Gesetzen in die Falle gelockt werden“, so der Ausschuss.

Es betonte, dass die Anwendung von Gesetzen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität, wie dem Prevention of Electronic Crimes Act (PECA) von 2016, zur Verfolgung und Inhaftierung von Personen, die beschuldigt werden, online gegen Blasphemiegesetze verstoßen zu haben, beendet werden müsse. Der Ausschuss forderte die Regierung außerdem auf, Vorwürfe des massiven Missbrauchs von Blasphemiegesetzen im Zusammenhang mit Gesetzen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität zu untersuchen und die Ergebnisse der Untersuchungen zu veröffentlichen.

„[Der Ausschuss] ist auch besorgt über die abschreckende Wirkung, die Verleumdungs-, Blasphemie-, Volksverhetzungs- und Antiterrorgesetze sowie andere kürzlich verabschiedete Gesetze auf die Ausübung der Meinungsfreiheit durch Journalisten, Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger und Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten haben“, hieß es.

Das Komitee forderte Pakistan auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um allen Personen, die wegen Gotteslästerung oder anderer religiöser Vergehen angeklagt sind, schnelle und faire Gerichtsverfahren zu garantieren, und wies auf die Haftbedingungen hin. Es sei „auch besorgt über Berichte über Misshandlungen von weiblichen Gefangenen, einschließlich sexueller Gewalt, und darüber, dass Personen, die der Gotteslästerung beschuldigt werden, oft über längere Zeiträume in Einzelhaft gehalten werden. Es ist nach wie vor besorgt über die weit verbreitete Praxis der verlängerten Untersuchungshaft.“

<https://morningstarnews.org/2025/01/mentally-challenged-christian-in-pakistan-charged-with-blasphemy/>

(Anmerkung der Redaktion)

Info zu den UN Organen:

Das Menschenrechts-Komitee untersucht in öffentlichen Sitzungen in Genf im Rahmen regelmäßiger „state party reports“ wie das untersuchte Land den Pakt für bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) umsetzt, der in allen Mitgliedsländern verbindliches Recht ist.

Am 7. Januar war unter anderem Pakistan an der Reihe.

Zusätzlich untersucht der Menschenrechtsrat (council) in „universal periodic review“s (UPR), wie die Menschenrechtscharta (UDHR) national umgesetzt wird.

Im Januar 2025 war z. B. Iran an der Reihe.

Beide Dokumente garantieren in § 18 Religionsfreiheit.

Beide Dokumente sind von fast allen Staaten dieser Erde unterzeichnet. Im Unterschied zu ICCPR hat UDHR keine Rechtskraft, ist aber dadurch wirksam, dass seine Bestimmungen in die meisten nationalen Verfassungen Eingang gefunden haben.

Die öffentlichen periodischen Sitzungen sind ein wichtiges Format, Religionsfreiheit zu diskutieren, da auch NGOs Mitwirkungsrecht haben.

Ruanda: Kirchenmitarbeiter im Kongo - Ruanda unterstützt Rebellen

Bei Kämpfen geht es um den Zugang zu Bodenschätzen

Goma/Kinshasa (IDEA) – Nach heftigen Gefechten in Goma im Osten der Demokratischen Republik Kongo haben dortige kirchliche Mitarbeiter dem ostafrikanischen Nachbarland Ruanda schwere Vorwürfe gemacht: Es unterstütze bewaffnete Milizen und boykottiere Friedensverhandlungen. Das berichtet das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“. So äußerte dessen Projektpartner, Pater Marcelo Oliveira, dass Ruanda weiter versuche, das Land zu übernehmen und die natürlichen Ressourcen zu plündern. Zum Hintergrund: Seit über 30 Jahren kommt es im Nordostkongo immer wieder zu Kämpfen zwischen der kongolesischen Armee und zahlreichen bewaffneten Gruppierungen, wie etwa der Rebellenmiliz M23. Es geht dabei um den Zugang zu zahlreichen Bodenschätzen der Region. Nach einer wochenlangen Offensive war die M23 am Abend des 26. Januar zusammen mit Soldaten aus Ruanda in das Stadtzentrum von Goma eingedrungen. Am 28. Januar sollen die Truppen die Stadt weitgehend unter ihre Kontrolle gebracht haben. Nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) flohen bereits 2024 rund 400.000 Menschen vor den Kämpfen im Ostkongo – viele nach Goma.

Vorwurf: M23 massakriert und foltert Flüchtlinge

M23 gilt als Urheber zahlreicher Gewaltakte an der Zivilbevölkerung. Oliveira: „Sie massakrieren und foltern weiterhin Menschen, die von einem Ort zum anderen ziehen.“ So habe die Rebellenmiliz unter anderem eine für Weihnachten vereinbarte Waffenruhe gebrochen. Für viele Bewohner der Provinz Nord-Kivu sei Weihnachten „eine Zeit der Angst und Unsicherheit“ gewesen. Einige Gemeinden seien aufgrund von Flucht inzwischen Geisterdörfer. Die Staatschefs der Ostafrikanischen Staatengemeinschaft haben für den 29. Januar ein außerordentliches Treffen anberaumt, um zwischen Ruanda und dem Kongo zu vermitteln.

Zu gefährlich: Hilfswerke müssen Arbeit einstellen

Zahlreiche Staaten und Hilfswerke hatten die Kämpfe und deren Auswirkung auf die Zivilbevölkerung scharf kritisiert. So forderte das Kinderhilfswerk World Vision Deutschland (Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main) die an den Kämpfen beteiligten Parteien auf, diese sofort einzustellen und einen sicheren Zugang zu den Hilfsbedürftigen zu gewährleisten. Dabei verwies die Organisation auf Zehntausende Kinder, die von Hunger und Vertreibung bedroht seien. So wie viele andere Organisationen müsse das Werk seine Arbeit im Ostkongo aufgrund der schlechten Sicherheitslage vorerst einstellen. Die Kongo-Expertin von World Vision Deutschland, Leonore Heldman, bezeichnete die humanitäre Lage vor Ort als verheerend. Nothilfe-Teams des Kinderhilfswerks seien im Kontakt mit UN-Organisationen und hielten sich bereit, schutzbedürftige Kinder und vertriebene Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen, sobald es die Lage zulasse. Goma hat rund zwei Millionen Einwohner.

Russland: Die Hoffnung nicht aufgeben

(Licht im Osten) Ein Pastor ist im vergangenen Jahr wegen seiner kritischen Einstellung zum Krieg Russlands gegen die Ukraine verhaftet worden, „sein Haus und die Gemeinderäume wurden durchsucht“.

☒ **Bitte beten Sie für ihn und seine Familie und Gemeinde.**

☒ Ein Mitarbeiter schrieb: „Beten Sie bitte für uns alle [Christen in Russland], denn es scheint, als sei eine riesige Walze in Gang gesetzt worden, unter die jeder zu jeder Zeit geraten kann. Man kann nie wissen, was einen erwartet ... Aber wir wissen,

dass denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen. Und alle, die ein gottgefälliges Leben führen wollen, werden verfolgt werden. Das gibt uns Mut und lehrt uns, in allem auf Gott zu vertrauen und die Hoffnung nicht aufzugeben.

☒ Bitten wir um Frieden in dieser verrückten Welt.

☒ Möge unser barmherziger Erlöser durch all diese Umstände – Kriege, Verluste, Tränen und Enttäuschungen – viele zu Gott führen, zu seiner Liebe, seiner Freude und seinem Frieden.“

Russland: Gemeindegründung unter Extrembedingungen

(AVC) Auf fast allen Kontinenten bauen und gründen wir Gemeinden. In manchen Ländern ist das besonders herausfordernd. Zum Beispiel in Russland. In Sibirien müssen große Wegstrecken zurückgelegt werden, häufig gibt es keine Straßen und die eisige Kälte bis unter 60 ° C ist eine tödliche Gefahr. Unser Mitarbeiter Andreas Berglesow nimmt das alles auf sich, weil sein Herz dafür brennt, dass jeder Mensch die Chance bekommt, die Gute Nachricht zu hören. Dafür war er bei seinem letzten Einsatz über 25 000 Kilometer in der unwirtlichen Tundra unterwegs. Die Distanz zwischen zwei Dörfern kann locker 600 oder mehr Kilometer betragen. Umso enttäuschender, wenn man einen Ort erreicht und die gesamte Bevölkerung – bis hin zum Säugling – betrunken ist. Babys wird schon Alkohol verabreicht, damit sie ruhig sind.

Das Team wartete ab, und nach einiger Zeit konnten sie mit den Menschen sprechen. Auch wenn sich noch keine Gemeinde gegründet hat, sind wir sicher, dass das Wort Gottes nicht leer zurückkommen wird. In Russland sind viele der Pastoren, die unsere neu gegründeten Gemeinden betreuen ehemalige Alkohol- oder Drogenabhängige. Wir wissen, dass Süchte im Namen von Jesus gebrochen werden können.

Bald startet Andreas wieder zu einem Einsatz zum Polarkreis. Die Reise wird zwei Monate dauern und ist mit vielen Gefahren verbunden. Wir begleiten ihn im Gebet.

Wir beten,

...dass die Macht von Alkohol und Drogen in Sibirien gebrochen wird,

...für Sicherheit auf der langen Reise durch Schnee und Eis,

...dass sich die Menschen in Russland Gott zuwenden.

Schweden: Koranschänder erschossen

Die Aktionen des Irakers Salwan Momika sorgten für große Empörung

Södertälje (IDEA) – In Schweden ist der durch Koranverbrennungen bekanntgewordene Iraker Salwan Momika am 29. Januar ermordet worden. Wie schwedische Medien unter Berufung auf die Polizei berichten, wurde der 38-Jährige in einem Haus in Södertälje südlich der Hauptstadt Stockholm erschossen. Die Polizei nahm demnach fünf Verdächtige fest. Die Staatsanwaltschaft wollte sich nicht näher zu den Personen äußern und auch nicht zu möglichen Motiven. Momika hatte in der Vergangenheit wiederholt in der Öffentlichkeit Koranausgaben verbrannt und geschändet. Im Sommer 2023 hatte eine [Koranverbrennung](#) in der schwedischen Hauptstadt Stockholm massive Proteste in muslimischen Staaten ausgelöst. Der in Schweden lebende irakische Flüchtling hatte ein Exemplar des Korans vor der Hauptmoschee von Stockholm mit Füßen getreten und teilweise in Brand gesteckt. Die Weltweite Evangelische Allianz (WEA), der Weltkirchenrat und das katholische Hilfswerk Caritas International verurteilten damals die Koranverbrennung in einer gemeinsamen Erklärung als „öffentlichen Akt religiösen Hasses“. Die schwedische Polizei ließ Momikas Aktionen unter Verweis auf die Meinungsfreiheit zunächst zu. Die Staatsanwaltschaft erhob später Anklage gegen ihn und einen weiteren Mann wegen Aufstachelung zum Hass. Am 30. Januar sollte ein Gericht das Urteil verkünden.

Sudan: Vertriebene Christen im Sudan zu Gefängnisstrafen verurteilt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/30.01.25 - Ein Gericht im Sudan hat sieben Christen auf Grund von falschen Anschuldigungen zu Gefängnisstrafen von fünf und sieben Jahren verurteilt.

Die vertriebenen Christen in Shendi, Bundesstaat River Nile, die nach ihrer [Verhaftung](#) am 14. Januar von Agenten des Militärgeheimdienstes gefoltert worden waren, verbüßen nun Gefängnisstrafen, sagte Rechtsanwalt Shinbago Mugaddam.

Die Christen, allesamt Mitglieder der Sudanesischen Kirche Christi, waren vor dem Krieg in Khartum, 150 Kilometer südwestlich von Shendi, geflohen. Sie wurden in einem eilig anberaumten Prozess am Tag ihrer Festnahme verurteilt, nachdem sie durch Folter zu einem Geständnis gezwungen worden waren, so Mugaddam.

„Sie wurden gemäß Artikel 174 des sudanesischen Strafgesetzbuches von 1994 in Bezug auf Diebstahl in einem Schnellverfahren vor dem Gericht in Shendi im Bundesstaat River Nile verurteilt, bei dem die Bedingungen für ein faires Verfahren nicht erfüllt waren“, sagte Mugaddam gegenüber Morning Star News.

Agenten der sudanesischen Streitkräfte (SAF) hätten die Christen des Diebstahls und der Unterstützung der rivalisierenden paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) beschuldigt, wobei die Christen beide Vorwürfe bestritten hätten, sagte er. Die Sudanese Christian Youth Union habe erklärt, dass die Anschuldigungen falsch seien und nur als Vorwand dienten, um die Christen zu verhaften.

Muraad Morjaan Anglo, Akram Omer Al Mahadi, Mutaz Al Seed Ibrahim und Amjad Mustafa sowie ein weiterer ungenannter Christ wurden zu jeweils sieben Jahren Gefängnis verurteilt, so Mugaddam. Algab Mohamed Al Mahadi Atroon und Murkus Moses Allajabu wurden zu jeweils fünf Jahren Gefängnis verurteilt, sagte er.

Christen im Sudan rufen nun andere Christen auf der ganzen Welt dazu auf, für die Christen im Sudan zu beten und ihnen beizustehen. Ein Christ postete in den sozialen Medien: „Lasst uns in den Kirchen die Hände heben und für diese jungen Männer beten, die im Gefängnis sind, damit Gott mit ihnen ist.“

Die Union of Sudanese Christian Youth (Vereinigung sudanesischer christlicher Jugendlicher) verurteilte die Verhaftungen und forderte ihre sofortige Freilassung. Die Vereinigung bezeichnete die Verhaftungen als Verletzung der Menschen- und Religionsrechte im Sudan und forderte alle Menschenrechtsgruppen sowie Oregionale und internationale Organisationen auf, einzugreifen und diejenigen zu schützen, die ohne Beweise inhaftiert wurden.

Im Oktober wurden [26 Christen vom Militärgeheimdienst in Shendi verhaftet](#), nachdem sie aus Gebieten unter der Kontrolle der RSF in Khartum geflohen waren.

Die vom Militär geführte Regierung des Sudan verabschiedete im Mai ein Gesetz, das Geheimdienstmitarbeitern weitreichende Befugnisse und Immunitäten zurückgibt, die ihnen nach dem Sturz von Präsident Omar al-Bashir im April 2019 entzogen worden waren. Das Gesetz über den Allgemeinen Geheimdienst (GIS) (Änderung von 2024) ermächtigt Geheimdienstmitarbeiter, Personen vorzuladen und zu verhören, Überwachungen und Durchsuchungen durchzuführen, Verdächtige festzunehmen und Vermögenswerte zu beschlagnahmen, so der [Sudan War Monitor](#).

Die Änderung gewährt umfassende Immunität und schützt Agenten vor straf- oder zivilrechtlicher Verfolgung ohne Zustimmung des Leiters des GIS. In Fällen der Todesstrafe erhält der Direktor die Befugnis, ein Sondergericht einzurichten.

„Jede Handlung, die von einem Mitglied der Behörde in gutem Glauben während oder aufgrund der Erfüllung seiner beruflichen Pflichten oder der Erfüllung einer ihm auferlegten Pflicht oder aufgrund einer Handlung, die von ihm im Rahmen einer ihm nach diesem Gesetz erteilten oder gewährten Befugnis erlassen wurde, begangen wird, gilt nicht als Straftat“, heißt es in Artikel 52 des Gesetzes, so der Sudan War Monitor.

Die Bedingungen im Sudan verschlechterten sich mit der Verschärfung des im April 2023 ausgebrochenen Bürgerkriegs. Dem WWL-Bericht zufolge verzeichnete der Sudan einen Anstieg der Zahl der getöteten und sexuell missbrauchten Christen sowie der Angriffe auf christliche Häuser und Geschäfte.

„Christen aller Herkunft sind im Chaos gefangen und können nicht fliehen. Kirchen werden von den Kriegsparteien beschossen, geplündert und besetzt“, heißt es in dem Bericht.

Seit April 2023 kämpfen Kämpfer der paramilitärischen RSF gegen die SAF, und jede islamistische Truppe [greift vertriebene Christen](#) an, weil sie beschuldigt werden, die Kämpfer der jeweils anderen Seite zu unterstützen.

Der Konflikt zwischen der RSF und der SAF, die sich nach einem Staatsstreich im Oktober 2021 die Militärherrschaft im Sudan geteilt hatten, hat Zivilisten in Khartum und anderswo terrorisiert, Zehntausende getötet und mehr als 12,36 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb der sudanesischen Grenzen vertrieben, so der UN-Kommissar für Menschenrechte (UNCHR).

General Abdelfattah al-Burhan von der SAF und sein damaliger Vizepräsident, der RSF-Führer Mohamed Hamdan Dagalo, waren an der Macht, als sich zivile Parteien im März 2023 auf einen Rahmen für die Wiederherstellung eines demokratischen Übergangs im nächsten Monat einigten, aber Meinungsverschiedenheiten über die militärische Struktur die endgültige Zustimmung torpedierten.

Burhan wollte die RSF – eine paramilitärische Truppe mit Wurzeln in den Dschandschawid-Milizen, die dem ehemaligen Machthaber Omar al-Bashir geholfen hatten, Rebellen niederzuschlagen – innerhalb von zwei Jahren unter die Kontrolle der regulären Armee stellen, während Dagalo eine Integration innerhalb von nicht weniger als zehn Jahren akzeptieren würde.

Beide Militärführer haben einen islamistischen Hintergrund, versuchen sich aber gegenüber der internationalen Gemeinschaft als Verfechter der Demokratie und der Religionsfreiheit darzustellen.

Nach zwei Jahren der Fortschritte bei der Religionsfreiheit im Sudan nach dem Ende der islamistischen Diktatur unter Bashir im Jahr 2019 kehrte das Gespenst der staatlich geförderten Verfolgung mit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 zurück. Nachdem Bashir im April 2019 nach 30 Jahren an der Macht gestürzt worden war, war es der zivil-militärischen Übergangsregierung gelungen, einige Bestimmungen der *Scharia* (islamisches Recht) aufzuheben. Sie verbot die Bezeichnung einer religiösen Gruppe als „Ungläubige“ und hob damit die Apostasiegesetze auf, die das Verlassen des Islam mit dem Tod bestrafen.

Mit dem Staatsstreich vom 25. Oktober 2021 befürchteten die Christen im Sudan die Rückkehr der repressivsten und härtesten Aspekte des islamischen Rechts. Abdalla Hamdok, der seit September 2019 als Premierminister eine Übergangsregierung geführt hatte, stand fast einen Monat lang unter Hausarrest, bevor er im November 2021 freigelassen und im Rahmen eines wackeligen Abkommens zur Machtteilung wieder eingesetzt wurde.

Hamdock hatte sich mit der Beseitigung der langjährigen Korruption und eines islamistischen „tiefen Staates“ aus Bashirs Regime auseinandersetzen müssen – demselben tiefen Staat, der verdächtigt wird, die Übergangsregierung beim Putsch vom 25. Oktober 2021 beseitigt zu haben.

Die christliche Bevölkerung des Sudan wird auf 2 Millionen geschätzt, was 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung von mehr als 43 Millionen entspricht.

<https://morningstarnews.org/2025/01/displaced-christians-in-sudan-sentenced-to-prison/>

Türkei: Pastor von Abschiebung in den Iran bedroht

IIRF-D/BA/Tübingen/30.01.25 - Dem iranischen Pastor Mojtaba Ahmadi, 57, der in der Türkei aufgrund umstrittener Einwanderungsvorwürfe inhaftiert ist, droht [unmittelbar die Abschiebung in den Iran](#).

Es besteht die Sorge, dass Pastor Mojtaba erneut inhaftiert oder sogar getötet werden könnte.

Seine Verhaftung unterstreicht die zunehmende Verfolgung von Christen in der Türkei.

Am 29. Januar 2024 wurde er [im Westen der Türkei](#) wegen unklarer Einwanderungsvorwürfe verhaftet. Sein Ausweis wurde beschlagnahmt, und seitdem wird er in einem Einwanderungshaftzentrum festgehalten, ohne dass ihm viele Informationen über die offiziellen Anklagen gegen ihn zur Verfügung gestellt werden.

Pastor Mojtaba, ein Konvertit vom Islam, [floh 2013 vor der Verfolgung](#) im Iran, um einer drohenden Inhaftierung zu entgehen, nachdem ein Haftbefehl ausgestellt worden war.

Er wurde ursprünglich 2010 im Iran verhaftet, nachdem er mit anderen Christen an einem privaten Bibelstudium teilgenommen hatte. Während seiner Haft verbrachte er 170 Tage in Einzelhaft und wurde sowohl physischer als auch psychischer Folter ausgesetzt. Nachdem seine Familie eine Kaution für seine vorübergehende Freilassung hinterlegt hatte, wurde er wegen „Verbreitung von Propaganda gegen die Islamische Republik Iran“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

In der Türkei hatte er wiederholt Schwierigkeiten, rechtlichen Schutz zu erhalten, da die türkischen Behörden ihm weder den offiziellen Flüchtlingsstatus zuerkannt noch eine Anhörung zu seinem Fall durchgeführt haben.

Die Inhaftierung von Pastor Mojtaba ist Teil eines umfassenderen Musters zunehmender Feindseligkeit gegenüber Christen in der Türkei. Die türkische Regierung hat die protestantische christliche Gemeinschaft konsequent eingeschränkt und sich geweigert, sie offiziell anzuerkennen oder ihnen die freie Ausübung ihres Glaubens zu gestatten.

Seit 2019 hat die Türkei [ausländische Pastoren](#) abgeschoben, Aufenthaltsgenehmigungen verweigert und ausgewanderte Christen an der Wiedereinreise gehindert.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/pastor-detained-in-turkey-faces-deportation-to-iran/>

Usbekistan: Offene Stellen

Gott sei gelobt, dass sich die Bedingungen in Usbekistan nach einer langen Zeit der Unterdrückung geändert haben und die Kirche wächst. Noch immer werden christliche Konvertiten von radikalen Muslimen diskriminiert, aber ein fünftägiges Seminar, an dem kürzlich 50 Kirchenleiter teilnahmen, hat die Hoffnung aller geweckt. Mit besseren Verbindungen und erweiterten biblischen Kenntnissen können sie nun besser auf die Bedürfnisse der wachsenden christlichen Gemeinschaft eingehen.

Quelle: Barnabas AID / Bridgeway Publications / 15 January 2025 / übersetzt und bearbeitet - AKREF

Venezuela: Menschen in Barquisimeto verlieren die Hoffnung nicht

Arme helfen Armen

Barquisimeto (Fides) - Nach den Wahlen im Juli letzten Jahres entsteht der Eindruck, dass ein Hauch von Traurigkeit, Frustration und Enttäuschung über Venezuela liegt. Pater Miguel Angel Bombin berichtet im Rahmen eines Besuchs in dem Land von den Schwierigkeiten angesichts der politischen Probleme, mit denen sich die venezolanische Bevölkerung konfrontiert sieht.

„In Barquisimeto, wo die das Don-Orione-Werk den größten Teil seiner Arbeit im Land verrichtet, ist die Stimmung nicht die beste, auch wenn die Umgebung ruhig ist und keine besonderen Spannungen herrschen“, berichtet der Missionar.

„Die meisten Menschen haben das Gefühl, dass man ihnen ihre Stimme genommen hat, dass ihr Wille nicht respektiert wurde“, bemerkt Pater Bombin, der Leiter der Vizeprovinz „Nuestra Señora del Pilar“ des Don-Orione-Werks ist, die Spanien und Venezuela umfasst. „Die einzige Hoffnung ist, dass sich etwas ändert. Viele denken wieder daran, das Land zu verlassen, wir sind jetzt bei 8 Millionen Venezolanern, die ausgewandert sind, und es ist zu befürchten, dass jetzt die Abwanderung wieder einsetzt, vor allem bei den jungen Leuten, die bis jetzt hier geblieben sind, weil sie sich etwas anderes erhofft haben“.

„Diese schwierige Situation“, fährt er fort, „hat auch Auswirkungen auf die Arbeit des Don-Orione-Werks im Land. Im Moment haben wir in Barquisimeto ein Tageszentrum für Behinderte, und die Pfarrei, die viele Aktivitäten durchführt, darunter ein Projekt mit der Caritas über Ernährung und Lebensmittel. Im Priesterseminar haben wir zwei Aspiranten und drei junge Menschen in Ausbildung. Wir sind auch in Caraballeda präsent, wo wir eine Vorschule mit 100 Kindern bis zu 6 Jahren haben und wo wir seit fünf Jahren eine neue Pfarrei aufbauen, auch wenn die Arbeit sehr langsam vorangeht. Leider ist es nicht einfach, wir leben von Tag zu Tag und haben immer mit den Ressourcen zu kämpfen. Seit 2012 haben wir jegliche finanzielle Unterstützung von der Regierung verloren und wir nutzen weiterhin die Mittel der Provinz und etwas Hilfe von außen, aber wirtschaftlich ist die Lage ernst. Wir können nicht mehr so viele Gäste im Tageszentrum aufnehmen, denn es ist schwierig, Ärzte zu finden oder ihnen ein angemessenes Gehalt zu garantieren. Wir lassen uns jedoch nicht entmutigen und sehen, dass sich die Vorsehung vor allem in den vielen Menschen manifestiert, die als Freiwillige hierher kommen“.

„Trotz der Schwierigkeiten machen wir weiter“, schließt Pater Bombin, „und die Kongregation blickt weiter nach vorne und folgt jener Hoffnung, die das zentrale Thema des Jubiläums 2025 ist. Wenn man sieht, wie viele Menschen, die mit ihren Schwierigkeiten leben, in psychiatrischen Zentren, in Gefängnissen oder sogar auf Müllhalden, wo so viele Menschen leben müssen, Freiwilligenarbeit leisten, ist das ein Zeichen dafür, dass in diesen schwierigen Situationen das Beste im Menschen zum Vorschein kommt. Es sind arme Menschen, die anderen armen Menschen helfen und so Nähe und Solidarität schaffen. Dies ist die Hoffnung, die wir in diesem Heiligen Jahr leben wollen“.

(AP) (Fides 24/1/2025)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]